

Wir schaffen das wirklich!

Eine humane Flüchtlingspolitik ist möglich – mit Ideen, Mut und Weitsicht statt Sorge. [Seite 3.](#)



In Trippelschritten gegen hohe Mieten

Der Milieuschutz ist beschlossen – doch das Personal zur Umsetzung fehlt. [Seite 7.](#)



Unterwegs in Neukölln

Einblick in die Arbeit unserer Abgeordneten Susanna Kahlefeld für ihren Lieblingsbezirk. [Seiten 4/5.](#)

Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 183, Ausgabe II / 2015

KREATIVWIRTSCHAFT UND SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Ungehobene Schätze

Was haben Kreativwirtschaft und Solidarische Ökonomie mit Neukölln zu tun? Sehr viel! Nicht nur für die lokale Wirtschaft spielen sie zunehmend eine wichtige Rolle, sondern auch für die urbane Entwicklung und das soziale Zusammenleben in unserem Bezirk.

Doch was verbirgt sich eigentlich hinter diesen beiden schillernden Begriffen? Meine Kollegin Anja Kofbinger und ich wollten es genauer wissen und initiierten Kiezgespräche, in denen wir gemeinsam mit Neuköllner Akteur*innen aus der Kreativwirtschaft und der Solidarischen Ökonomie über ihre Arbeitsrealitäten, Bedarfe und den Standort Neukölln sprachen.

Neuköllns Kreativwirtschaft ist ein relevanter Sektor

Die große Diversität Neuköllns, eine vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft und bereits ansässige Unternehmen der Kreativwirtschaft machen Neukölln als Standort für Kreative attraktiv. Schätzungen zufolge sind heute 600 bis 3000 Unternehmen der Kreativwirtschaft in Neukölln angesiedelt. Der Großteil von ihnen sind Einzelunternehmen ohne Angestellte und in den Bereichen Design, Software/Games/IT, Kunst und Film tätig. Einer aktuellen Studie zufolge können die Hälfte der Kreativschaffenden von ihrer Arbeit leben, dennoch bewegen sich die Umsätze vieler in niedrigeren Einkommensniveaus. Die ständige Suche nach neuen Projekten und Aufträgen, die Vermarktung der eigenen Produkte



Grafik: geralt/CC0 Public Domain

und steigende Mietkosten für Wohn- und Arbeitsraum zählen zu den größten Hemmnissen in der alltäglichen Arbeit. Neu entstandene Strukturen der Selbstorganisation wie das Kreativnetz Neukölln e.V. versuchen eine branchenübergreifende Vernetzung zu leisten, um Synergien zu schaffen und gemeinsam an der lokalen Wertschöpfung teilzuhaben.

Die Art des Arbeitens vieler Kreativschaffender basiert häufig auf freundschaftlichen Netzwerken, die auch solidarische Strukturen aufweisen. Nicht nur aufgrund der eigenen Ressourcenknappheit entscheiden sich Kreativschaffende für gemeinsam genutzte Arbeitsorte, wie Büroräume, Werkstätten und Ateliers. Vielmehr geht es hier auch um Fragen nach Arbeitsbedingungen, einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und das Ausprobieren alternativer Formen des Wirtschaftens und Arbeitens. Aspekte, die für uns Grüne von großer Wichtigkeit sind.

Der Senat zeigt kein Interesse an Solidarischen Ökonomien

Alternative Formen des Wirtschaftens, die auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und auf Gemeinwohl orientierter gegenseitiger Hilfe und Nachhaltigkeit agieren, werden allgemein auch als Solidarische Ökonomien bezeichnet. Dazu gehören zum Beispiel selbstverwaltete Betriebe, Gemeinschaftsgärten, Tauschringe, gemeinschaftliche Wohnprojekte, Foodsharing, Genossenschaften, Open Source, gemeinschaftliche Werkstätten und Umsonstläden. In Neukölln finden sich in zunehmenden Maße Beispiele solcher Solidarischen Ökonomien.

Leider hat der rot-schwarze Berliner Senat bisher wenig Interesse an diesem Sektor gezeigt und existierende Förderinstrumente und -programme nicht abgerufen. Auch auf bundesdeutscher Ebene sieht es nicht anders aus. Hier sind uns viele europäische Länder um Längen voraus. Sie haben erkannt, dass es sich bei den So-

lidarischen Ökonomien um einen Sektor handelt, der ökonomisch und gesellschaftlich von großem Nutzen ist. Wir brauchen einen Umdenkprozess.

Wir müssen die Rahmenbedingungen verbessern

Wir Grüne sehen in den Solidarischen Ökonomien und in der Kreativwirtschaft eine große Chance für Neukölln. Sie schaffen nicht nur lokale Arbeitsplätze. Viele Kreativschaffende engagieren sich beispielsweise auf unterschiedlichste Art und Weise für ihr Lebens- und Arbeitsumfeld und gestalten ihren Bezirk aktiv mit. Sie wirken in Nachbarschaftsinitiativen mit, initiieren Bildungsprojekte, schaffen Freiräume im öffentlichen Raum und tragen so auch zu einer Verbesserung der Kieze bei. Unternehmungen der Solidarischen Ökonomien erproben vielfältige Alternativen des Wirtschaftens. Oft entstehen sie gerade dort, wo der konventionelle Markt nicht greift oder wo sich staatliche Institutionen aus der Verantwortung zurückgezogen haben.

Die Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, durch die Unternehmen und Initiativen aus den Solidarischen Ökonomien und der Kreativwirtschaft gefördert und gestärkt werden. Steigende Wohnraum- und Gewerbemieten und unklare Förderstrukturen sowie ein Mangel an öffentlichen Mitteln für diese Sektoren sind nur einige der Barrieren, denen sich viele Unternehmer*innen aus diesen Bereichen gegenübersehen. Die Neuköllner Wirtschaftsförderung hat bereits vor zehn Jahren das Potential der Kreativwirtschaft im Bezirk erkannt und damit begonnen, diese zu unterstützen. In diesem Jahr wurde mit der Initiierung eines mehrjährigen Projektes zur nachhaltigen Stadtentwicklung mit Förderung der lokalen Ökonomie und hier insbesondere der Kreativwirtschaft ein weiteres wichtiges Zeichen gesetzt. Der Sektor der Solidarischen Ökonomien bleibt jedoch weiterhin unbeachtet.

Susanna Kahlefeld

ANONYMISIERTE BEWERBUNGSVERFAHREN

Es ginge auch anders

Ablehnung, Ausgrenzung und Diskriminierung beispielsweise aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Religion, sexueller Identität oder Alter haben viele Gesichter. Nicht immer sind sie so leicht zu erkennen wie beispielsweise in den rassistischen Kommentaren und Forderungen zum Thema Flüchtlinge und Islam, die seit einiger Zeit verstärkt die sozialen Medien überschwemmen. Für Betroffene beginnt Diskriminierung oft viel subtiler. Zum Beispiel bei der Arbeitssuche. Es ist mittlerweile hinreichend belegt, dass vor allem Bewerber*innen mit Migrationshintergrund, Ältere und Frauen – insbesondere mit Kindern – in Bewerbungsverfahren oft benachteiligt werden. So wird qualifizierten Menschen der Einstieg oder das Fortkommen im Berufsleben versperrt aufgrund eines einzigen – zum Teil nur angenommenen – Kriteriums, das rein gar nichts mit der erforderlichen Qualifikation für eine Stelle zu tun hat. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch wirtschaftlich schädlich, denn vielfältige Teams arbeiten nachweislich besser.

Ein in vielen Ländern erfolgreich eingesetztes Instrument gegen diese Diskriminierung ist das anonymisierte Bewerbungsverfahren, bei dem die Auswahl für Vorstellungsgespräche ausschließlich aufgrund der Qualifikation erfolgt, indem zunächst keine Namen, Fotos, Adressen, Geburtsdatum oder Angaben zu Alter, Familienstand oder Herkunft abgefragt werden. In dieser ersten Phase – in der statistisch gesehen Diskriminierung vor allem geschieht – interessieren nur Ausbildung, Berufserfahrung und Motivation und nur auf dieser Grundlage wird über Einladungen zum Vorstellungsgespräch entschieden. Erst in der zweiten Phase – kurz vor dem Gespräch – werden die vollständigen, nicht anonymisierten Unterlagen eingereicht.

Wer schlussendlich aber eingestellt wird, entscheidet immer noch viel zu oft Herkunft, Alter und das Geschlecht.
Foto: geralt/CC0 Public Domain

Schöne Theorie – und die Praxis?

Doch wie soll das in der Umsetzung funktionieren? Auf allen Zeugnissen und Qualifikationsnachweisen steht der Name. Durch die Angaben zur bisherigen Berufstätigkeit lässt sich heutzutage oft allein durch eine Internetrecherche recht einfach herausfinden, wer dahinter steckt. Und wie soll man Referenzen angeben können, wenn diese dann Namen und Geschlecht der Person, über die sie Auskunft geben sollen, nicht nennen dürfen? „Völlig unpraktikabel!“ – „Für so nen Aufwand haben kleine Firmen keine Kapazitäten.“ – „Ich entscheide ohnehin nur nach Qualifikation!“ Diese und ähnliche ablehnende Fragen und Reaktionen sind bei dem Thema sehr verbreitet, basieren jedoch meist nicht auf praktischen Erfahrungen mit diesem Verfahren.

Ein einjähriges Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, an dem verschiedene Unternehmen und öffentliche Verwaltungen teilgenommen haben, kam nach der wissenschaftlichen Auswertung von 246 Stellenbesetzungsverfahren mit über 8.500 Bewerber*innen zu dem Fazit: „Anonymisierung wirkt. Sie stellt Chancengleichheit her und macht Bewerbungsverfahren fairer.“ Ein Teil der Beteiligten will nun auch in Zukunft nach diesem Verfahren arbeiten.

Anonymisierte Bewerbungsverfahren sind also durchaus ein sehr geeignetes Instrument, um Diskriminierung von bestimmten Personengruppen – sei es absichtlich oder unbewusst – bei der (Vor-)Auswahl für Bewerbungsgespräche entgegenzuwirken. Und so ganz nebenbei würde es auch die Chancen von Bewerber*innen verbessern, die zwar gut qualifiziert sind – nur leider nicht im Bereich der perfekten Selbstdarstellung. Und zumindest die öffentliche Verwaltung gerade in einer so vielfältigen Stadt wie Berlin könnte hier mit gutem Beispiel voran gehen. Wenn sie denn nur wollte.

Mehr Infos und Praxisbeispiele unter gruenlink.de/122x.

Annette Heppel

Inhalt

Seite 1:

- Ungehobene Schätze
- Anonymisierte Bewerbungen

Seite 2:

- Alltagsrassismus
- Integrationsausschuss
- Abschied aus der BVV

Seite 3:

- Humane Flüchtlingspolitik
- Flüchtlingshilfe in Neukölln
- Flüchtlingsunterkünfte

Seite 4:

- „Problemhäuser“
- Diversity
- Antidiskriminierungsgesetz

Seite 5:

- Buntes Neukölln
- Bürgerschaftliches Engagement

Seite 6:

- Enquete-Kommission Energie
- Vertikales Grün
- What's up, Abgeordnete?

Seite 7:

- Milieuschutz im Reuterkiez
- Flüchtlinge auf dem TFeld?
- Elfenbeinturm für alle

Seite 8:

- Neuköllner*innen im Gespräch
- Neuköllner Spätidialog
- Das digitale Helferlein





Foto: rodrigocirne/CC0 Public Domain

ALLTAGSRASSISMUS

Wenn Rassismus, Fremdenhass und Diskriminierung bitterer Alltag sind

Du gehörst nicht dazu

Mein Name ist Mahi Christians-Roshanai. Als Tochter beidseitig persischer Eltern bin ich in Neukölln geboren, aufgewachsen, zur Schule gegangen und ich arbeite in Neukölln. Deutsch ist die Sprache, in der ich denke und fühle und dennoch gibt es Menschen, die sprechen vielen hier lebenden und verwurzelten Migrant*innen die Zugehörigkeit ab.

Nach ihnen gehöre ich einzig und allein zur Gruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“ und sei damit nicht „rasserein“. Fremdenhass, Fremdenfeindlichkeit, Diskrimi-

nierung und Rassismus bekommen durch diese haarsträubenden Aussagen, die in rechten Kreisen kursieren, ein Gesicht. Ihre Propaganda richtet sich gegen Flüchtlinge und hier lebenden Migrant*innen, besonders jene muslimischer Herkunft.

Unfassbar und unerträglich sind diese Aussagen. Menschen fliehen aus Kriegsgebieten und sie kommen in ein Land, in dem Menschen rassistischer Gewalt zum Opfer fallen, Flüchtlinge aus Syrien verprügelt werden, Asylbewerberheime angezündet werden. Währenddessen steigt die Zahl derer, die verfassungs-

feindlichen und menschenverachtenden Rechtspopulist*innen hinterherlaufen, heißt es in den Nachrichten.

Alltagsrassismus hat viele Gesichter

Rassismus zieht sich durch alle Gesellschaftsschichten und Lebensbereiche. Vom Stammtisch bis zur Politik. Rechtspopulismus ist längst in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Er begegnet uns beim Einkauf, im beruflichen Alltag, im Bus, der U-Bahn, bei der Wohnungssuche, beim Bewerbungsgespräch oder im Ausdruck durch „aus dem

Weg gehen“. Beleidigende oder abwertende Sprüche, „Übersehen“ oder „Ignorieren“ von Menschen oder die schlechtere Förderung und Ungleichbehandlung von Schüler*innen oder Eltern mit Migrationshintergrund sind nur wenige Beispiele, in denen sich Alltagsrassismus ausdrückt.

Das Etikett Migrationshintergrund: Offener und verdeckter Alltagsrassismus

„Du sprichst aber wirklich gut Deutsch.“ oder „Wo kommst du eigentlich wirklich her?“ sind subtile Formen von Alltagsrassismus, die vielleicht unbewusst geschehen, nichtsdestotrotz ein Klima der Ausgrenzung schaffen.

Eine ständige Verteidigungshaltung ermüdet und das Gefühl der Machtlosigkeit führt zur Frustration. Die Betroffenen ziehen sich zurück und entsprechende Orte und Menschen, an die diese Erfahrungen geknüpft sind, werden gemieden. Aus der Politik lautet es dann, man warne vor Parallelgesellschaften – die, finde ich, hausgemacht sind. Das Benennen von Diskriminierung und Ungleichheiten löst bei vielen Menschen eine reflexartige Ablehnung aus: „Man wird doch mal seine Meinung sagen dürfen, ich bin doch kein Rassist!“

Gesicht zeigen

Tag für Tag erheben unzählige Menschen mutig, stark und laut ihre Stimme gegen Alltagsrassismus und jede Form von Diskriminierung und Benachteiligung. Es ist eine gemeinschaftliche Verantwortung, jene zu schützen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft, Ethnie, Weltanschauung, Religion, körperlichen Einschränkung, sexuellen Zugehörigkeit oder Herkunft u.a. diskriminiert werden. Es ist eine gemeinschaftliche Aufgabe, sich gegen jede Form von Rassismus, Fremdenhass und Diskriminierung zu stellen. Heute mehr denn je.

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...the perfect place to be!“
Luca, 24 Jahre
„Für mich ist Neukölln“ fragt Bürgerinnen und Bürger aus Neukölln nach ihrem Bild des Bezirks.

Meine Heimat ist Deutschland - Berlin - Neukölln

Mein Name ist Mahi Christians-Roshanai und ich erhebe, wie unzählige Menschen in Neukölln, an 365 Tagen im Jahr meine Stimme gegen Alltagsrassismus. Nein zu Antisemitismus und jeder Form von Rassismus. Ich wünsche mir eine emotionale und sichere Heimat für jene, deren Zuhause längst Neukölln ist oder werden wird – ohne die versteckte Botschaft: So ganz werdet Ihr nie dazugehören.

Mahi Christians-Roshanai

ABSCHIED AUS DER BVV

Vieles auf den Weg gebracht

Liebe Mahi, Du hast vier Jahre lang zwei sehr vielfältige Politikbereiche bearbeitet – was waren Dir persönlich die wichtigsten Themen dabei?

Ich habe alle politischen Instrumente genutzt, um zum Beispiel chancenungleiche Lernausgangslagen, Benachteiligung im Bildungssystem und strukturelle Hürden, denen Neuköllns Schüler*innen ausgesetzt sind, zu dokumentieren und Lösungsvorschläge durch Anträge eingebracht, deren Inhalte teils in Neukölln umgesetzt werden. Alle Folgen sind Symptome ungleicher Ausgangslagen: Ethnisch getrennte Klassen waren ein Thema, die hohe Anzahl an Schüler*innen, die das Probejahr nicht bestanden haben, die hohe Schulabbrucherquote, die niedrige Bestehensquote der Schulabschlüsse, Partizipation von Eltern mit Migrationshintergrund, funktionale Analphabeten, Sprachförderung u.v.m.

Seit 2011 war Mahi Christians-Roshanai Mitglied der Grünen BVV-Fraktion und setzte sich hier unermüdlich für die Themenbereiche Bildung und Integration ein. Zum 31.10.2015 hat sie aus beruflichen Gründen ihr Mandat niedergelegt.



Integration ist ein Thema in allen Politikbereichen. Die Einbürgerungsfeiern habe ich zum Beispiel über etliche Monate besucht, um eine Aufwertung zu erzielen und auch, um subtile Diskriminierung sichtbar zu machen. Im Fokus stand ebenso, eine Brücke zwischen dem Migrationsbeirat und dem Integrationsausschuss herzustellen, die Anliegen der Neuköllner Öffentlichkeit aufzunehmen. Der Integrationsausschuss ist anderen Ausschüssen nicht gleichgestellt gewesen. Das ist jetzt anders.

Aus Deiner Erfahrung heraus – woran hakt es meistens hier im Bezirk?

Für den Bereich Schule ein Beispiel: Die Bevölkerung im Norden Neuköllns ist inzwischen gut durchmisch, aber leider spiegelt sich das nicht an unseren Schulen wieder. Unsere Schulen haben unterschiedliche Leistungsniveaus. Das rächt sich in der Oberschule. Nur 45 % unserer Schüler*innen haben die Berufsbildungsreife (BBR) in der neunten Klasse erworben. Fatal.

Woran es hakt? Wenn ich mit meinen 45 Jahren immer noch darauf angesprochen werde, ob ich mal dahin gehen möchte, wo ich hergekommen bin und ich antworte, dass ich das schon sei, nämlich in Neukölln, dann stimmt was nicht. Ich bin in Neukölln geboren, aufgewachsen, zur Schule

gegangen, ich arbeite in Neukölln und Neukölln ist meine emotionale Heimat.

Worin siehst Du weiterhin die wichtigsten Aufgaben für die Neuköllner Bildungs- und für die Integrationspolitik?

Kurz: Zum einen ist Inklusion ein Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, und zum anderen die Koordination der zahlreichen Lernförderangebote in Neukölln, um schnell und flexibel Schüler*innen dann zu helfen, wenn sie Hilfe brauchen. Den Ausbau der Ganztagschulen sehe ich als weiteren Punkt wie auch die frühkindliche Bildung. Ich wünsche mir Geschlossenheit auf allen Politikebenen: Ein klares Nein zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Neukölln ist ein kraftvoller Bezirk, ein Bezirk mit einer Vielfalt an engagierten Menschen ohnegleichen, ich möchte nicht woanders sein!

Liebe Mahi, vielen Dank für das Interview und Deine gute Arbeit der letzten Jahre!

Ich bin zufrieden, mein ganzes Fachwissen tatkräftig in die Fraktionsarbeit eingebracht zu haben und noch zufriedener, dass wir gemeinsam Erfolge in den Bereichen erzielten.

Neu in der BVV: Sofie Krotter

Als Nachrückerin für Mahi Christians-Roshanai ist Sofie Krotter seit Anfang November neues Mitglied der Grünen BVV-Fraktion. Sofie hat Geschichte und Soziologie studiert, war in den letzten Jahren bereits in verschiedenen Funktionen im Neuköllner Kreisverband der Grünen aktiv und hat sich hier u.a. aktiv für die Volksbegehren zum Berliner Energietisch und zum Erhalt des Tempelhofer Feldes eingesetzt. Sie wird in den Ausschüssen für Bildung, Schule und Kultur sowie für Grünflächen, Natur und Umweltschutz mitarbeiten.

DER NEUKÖLLNER INTEGRATIONSAUSSCHUSS

Mühsam nährt sich das Eichhörnchen

Eingeführt wurde der Neuköllner Integrationsausschuss mit Beginn der Wahlperiode 2011 und er war weder an einen Stadtrat gebunden noch hatte der so heftig in der BVV von allen Seiten kritisierte Ausschuss ein Aufgabenprofil und diskutierte Anträge nur mitberatend. Von Gleichberechtigung keine Spur. Und das in einem Bezirk, in dem die Integrationsthematik nahezu alle Lebensbereiche wie Politikbereiche als Querschnittsaufgabe betrifft. Welche konkreten Aufgaben der Ausschuss übernehmen sollte, forderten wir bereits im Dezember 2011. Erstmals im Oktober 2015 diskutierte er Anträge federführend, es wird ein Aufgabenprofil erarbei-

tet, das „Papier zur Integrationspolitik in Neukölln von 2009“ aktualisiert und die Forderung nach einem neuen Integrationskonzept stieß auf breite Zustimmung. Einstimmig beschlossen wurde auch, dass sich die BVV jährlich an den „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ beteiligen wird. Der vierjährige harte Kampf für eine Aufwertung dieses wichtigen Ausschusses führte letztendlich zum Erfolg.

Mahi Christians-Roshanai



Langfassung unter:
blog.gruene-neukoelln.de

MIT IDEEN STATT MIT SORGE ZU EINER MENSCHENWÜRDIGEN FLÜCHTLINGSPOLITIK

Wir schaffen das wirklich!

Beim Asylkompromiss 1993 wurde das individuelle Recht auf Asyl massiv beschnitten – unter Grünem Protest. Die Kompromisse 2014 und 2015 gehen diesen Weg weiter – diesmal mit Grüner Billigung. Damit die Asylpolitik nicht noch stärker in Richtung Abschottung driftet, dürfen wir Grüne weitere Verschärfungen nicht unterstützen. Wir müssen die Stimme der Menschenrechte bleiben und das Ziel einer menschenwürdigen Flucht- und Asylpolitik vorgeben.

Blick zurück: Harte Asylrechtsverschärfungen, keine „Bauchschmerzen“

2014 wurde das Recht auf Asyl für minimale Verbesserungen zur Verhandlungsmasse erklärt. Die Lockerung der Residenzpflicht betraf nur Kurzreisen; die Wohnsitzauflage wurde verschärft. Das Arbeitsverbot wurde verkürzt, aber die Vorrangregelung blieb bestehen. Die Bevorzugung von Geld- gegenüber Sachleistungen war eh schon gängige Praxis. Klar war, dass die vereinbarte finanzielle Entlastung für Länder und Kommunen nicht ausreichen und neue Verhandlungen anstehen würden.

2015 wurden die härtesten Asylrechtsverschärfungen seit 1993 beschlossen. Neben neuen „sicheren Herkunftsstaaten“ hebt der Kompromiss auch die Verbesserungen aus 2014 wieder auf: Asylsuchende müssen bis zu sechs Monate in zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen leben. Menschen aus „sicheren Herkunftsstaaten“ sogar bis zur Abschiebung. Die schwachen Lockerungen bei Residenzpflicht und Arbeitsverbot sind damit wieder aufgehoben. Asylsuchende können leichter als bisher inhaftiert werden. Auch die Sachleistungen sind zurück und werden jetzt zur Regel.

Wie 2014 bleiben die Vorteile minimal. Eine bundesweite Gesundheitskarte wird es auch 2015 nicht geben. Den Kompromiss als „Ein-



Ein Abbild einer Flüchtlingswelle auf den Resten der Berliner Mauer. Foto: Caro Sodar/CC0 Public Domain

stieg in ein Einwanderungsgesetz“ zu bezeichnen, ist stark übertrieben. Der Arbeitsmarktzugang für Menschen aus dem Westbalkan bleibt an starke Einschränkungen geknüpft. Die Zustimmung zum Gesamtpaket lässt sich auch nicht mit den finanziellen Hilfen des Bundes rechtfertigen – nicht nur G-Länder sind auf diese angewiesen, die GroKo hätte massiven Druck auch aus eigenen Reihen bekommen.

Die „Bauchschmerzen“-Rhetorik kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Geflüchtete noch stärker kategorisiert und jene mit „geringer Bleibeperspektive“ – also Menschen aus dem Balkan, vor allem Roma – Geflüchtete zweiter Klasse werden. Der Kompromiss bedient Ressentiments und ist strategisch das falsche Signal: Wenn Kompromisslinien wieder zur Verhandlungsmasse werden, versetzt uns das für die nächsten Runden in eine schlechte Ausgangslage.

Blick nach rechts: Rechtspopulismus und Ressentiments klar entgegen treten

Rechte Stimmungsmache und Gewalttaten stehen einer Willkommenskultur entgegen. Unzählige Ehrenamtliche engagieren sich für Geflüchtete und schaffen Strukturen, die eigentlich von staatlicher Seite bereitgestellt werden müssten. Hören Menschen, dass "die Belastungsgrenze erreicht sei", beeinflusst das die gesellschaftliche Stimmung – v.a. wenn diese Forderungen auch aus Grünen Kreisen kommen!

Die Politik der Kompromisse dockt an Ressentiments an, statt sich ihnen entgegenzustellen. Grüne Aufgabe sollte sein, Zuversicht zu äußern und unbegründete Ängste zu beseitigen: Durch weitsichtige Politik, aber auch durch eine klare Haltung im Diskurs. Wir brauchen politischen Willen und die Bereitschaft uns anzustrengen, damit wir glaubwürdig sagen können: Wir schaffen das wirklich – und zwar ohne Menschenrechte zu beschneiden.

Blick nach links: Mehr links-grüne Stimmen in die Debatte

Gerade in diesen Zeiten müssen wir die starke Stimme für eine bessere Flucht- und Asylpolitik sein. Wir dürfen uns nicht durch das „Wir schaffen das!“-Mantra einlullen lassen, denn dahinter driftet die Asylpolitik immer weiter Richtung Abschottung. Dazu gehört, dass wir populistische Symbolpolitik ablehnen und keiner weiteren Asylrechtsverschärfung zustimmen, denn Menschenrechte sind keine Verhandlungsmasse! Wir dürfen nicht die „Verwertbarkeits“-Debatte bedienen, denn niemand flieht ohne Grund. Stattdessen müssen wir uns für soziale Gerechtigkeit stark machen. Nur so bauen wir Ressentiments aktiv ab. Wir brauchen eine eigenständige Antwort auf die Frage, wie wir allen Menschen auch mittel- und langfristig Schutz und eine Perspektive bieten: Solidarisch, europäisch und menschenwürdig.

Blick nach vorn: Mutig auf den Weg zu einer menschenwürdigen Flucht- und Asylpolitik!

Wir dürfen uns nicht von der kurz-sichtigen Politik der GroKo treiben lassen. Für eine zukunftsfähige Lösung ist Weitsicht gefragt! Hier müssen wir eine Alternative aufzeigen,

- bei der Menschenrechte unum-

- stößlich sind und nicht zwischen Geflüchteten erster und zweiter Klasse unterschieden wird,
- bei der Europa nicht zur Festung wird, eine sichere Einreise in die EU gewährleistet ist und Zusammenarbeit mit Drittstaaten der Unterstützung und nicht der Abwehr dient,
- bei der sich die EU-Staaten die Verantwortung solidarisch teilen, die Asylstandards einhalten und die Dauer des einheitlichen Asylverfahrens stark beschleunigen,
- bei der Geflüchtete den Ort, an dem sie leben und arbeiten, innerhalb der EU frei wählen können und allen Menschen Teilhabe ermöglicht wird.

Bei den derzeitigen politischen Mehrheitsverhältnissen in der EU müssen wir zu Kompromissen bereit bleiben. Aber nur zu solchen, die uns wirklich einer menschenwürdigen und solidarischen Flucht- und Asylpolitik näherbringen!

Francisca Fackeldey, Sibylle Steffan und Rhea Niggemann



Dieser Artikel ist die Zusammenfassung eines längeren Positionspapiers. Der

ganze Text ist auf unserem Blog zu finden und kann dort auch kommentiert werden: gruenlink.de/122v

Neukölln heißt Flüchtlinge willkommen

Die Zahl der Schutzsuchenden, die nach Deutschland und auch nach Berlin kommen, wird immer größer und täglich ist die Unfähigkeit des rot-schwarzen Senats und v.a. des zuständigen Sozialsenators Czaja und des LAGeSo, diese Menschen würdig unterzubringen und zu versorgen, Thema in den Medien. Dabei wiesen Expert*innen seit Jahren auf diese deutlich absehbare Entwicklung – insbesondere vor dem Hintergrund des Krieges in Syrien und im Irak – hin. Aber die Große Koalition zog es vor, sich taub und blind zu stellen. Das rächt sich nun. Ausbaden müssen es in erster Linie die Menschen, die nach einer oftmals lebensgefährlichen Flucht hier auf ein Leben in Sicherheit und Würde hofften. Und die Ehrenamtlichen, die ihnen helfen wollen und dabei von einem überforderten Senat allein gelassen werden.

Auch in unserem Bezirk setzen sich viele Menschen für eine Willkommenskultur gegenüber Geflüchteten ein. In Initiativen wie z.B. der AG

Flucht und Asyl (AGFA) des „Bündnis Neukölln – Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt“ (gruenlink.de/122z) oder bei „Solidarische Nachbarschaft im Richardkiez“ (gruenlink.de/1230) organisieren sie Deutschkurse und Lesepatenschaften, Kleiderbörsen, Sozialberatung, Begleitung bei Behördenangelegenheiten und Wohnungssuche, Vermittlung von Ärzt*innen oder erleichtern bei gemeinsamem Kochen, Basteln, Musizieren und Ausflügen den neuen Mitbürger*innen das Ankommen in ihrer neuen Heimat. Seit einigen Monaten gibt es auch die Neuköllner Koordinierungsstelle für Flüchtlingsfragen (NFK), angesiedelt im Bezirksamt in der Abteilung Soziales. Deren zwei Mitarbeiterinnen sind die bezirklichen Ansprechpartnerinnen für Flüchtlingsfragen und arbeiten mit Trägern, Organisationen, Unterkünften und Ehrenamtsinitiativen zusammen. Kontakt und weiterführende Infos unter gruenlink.de/1231

Annette Heppel

BUNDESEIGENE LIEGENSCHAFTEN

Stillstand bei Flüchtlingsunterkünften

Rund 35.000 Flüchtlinge sind in diesem Jahr bereits in unserer Stadt angekommen, rund 50.000 werden es zum Jahresende sein. Eine enorme Herausforderung für die Stadt. Sie erwartet nicht das bessere Leben, sondern zunächst die vor der Witterung ungeschützte Warteschlange vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo). Und alle brauchen für den Winter eine warme Unterkunft.

Händeringend wird deshalb nach geeigneten Immobilien gesucht. Ein Schlüsselbaustein für eine würdige Unterbringung sind die leerstehenden Liegenschaften des Bundes: darunter Institutsgebäude, Kasernen und sogar alte Villen. Bereits im März wurde dem Berliner Senat von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)

180 Objekte zu diesem Zweck angeboten. Seit über sechs Monaten ist jedoch fast nichts passiert. Weder vom LAGeSo noch vom Berliner Immobilienmanagement (BIM) sind diese Objekte abschließend geprüft worden. Ein unerträglicher Stillstand in der Berliner Verwaltung.

Sozialsenator Czaja versucht, die Verantwortung auf die BImA abzuwälzen und wirft ihr vor, nur schrottreife Immobilien anzubieten. Dieses Argu-

ment ist nicht mehr haltbar. So hat die Bundesregierung im September erklärt, BImA-Liegenschaften mietzinsfrei bereitzustellen und auch die Kosten der Herrichtung zu tragen – die Stadtverwaltung ist aber nicht mal in der Lage, entsprechende Hilfsangebote überhaupt zu prüfen!

Doch auch die BImA gibt kein gutes Bild ab. Das zeigt sich exemplarisch am Neuköllner Sommerbad am Columbiadamm, das von der BImA als mögliche Unterkunft ausgewiesen ist. Dabei ist schwer

vorstellbar, wie dort Flüchtlinge dauerhaft leben sollen. Zudem hätten die landeseigenen Berliner Bäderbetriebe sowieso Zugriff auf das Bad, es ist ja sogar als Badezimmer für die in den Tempelhofer Hangars untergebrachten Flüchtlinge geplant. Keinem ist damit geholfen, wenn die BImA solch redundante Hilfsangebote gibt.

Während der Winter einzieht und sich die Flüchtlingskrise weiter zuspitzt, schieben sich die zuständigen Beamt*innen und Politiker*innen gegenseitig die Verantwortung zu, statt endlich zu handeln. Damit muss Schluss sein. Jede öffentliche Immobilie, die zur Unterbringung von Flüchtlingen geeignet ist, sollte dafür auch genutzt werden.

Lisa Paus, MdB

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...das tägliche Verkehrschaos auf der Sonnenallee: total nervig, aber ohne nicht vorstellbar.“
Khaled, 42 Jahre



Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Neukölln
Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin
V.i.S.d.P.: Annette Heppel
annette.heppel@gruene-neukoelln.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe: Jochen Biedermann, Mahi Christians-Roshanai, Kalle Erlacher, Francisca Fackeldey, Anne Geib, Annette Heppel, Christian Hoffmann, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Georg Kössler, Rhea Niggemann, Lisa Paus, Julia Maria Sonnenburg, Sibylle Steffan, Jana Taube

Layout: Kalle Erlacher
kalle@kaerl.de

Druck: Henke Pressedruck
Auflage: 20000

Vorstandssprecher*innen:

Francisca Fackeldey francisca.fackeldey@gruene-neukoelln.de
André Schulze andre.schulze@gruene-neukoelln.de

Internet: www.gruene-neukoelln.de
E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de
Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt die*der jeweilige Autor*in die Verantwortung.

PROBLEMHÄUSER UND ILLEGALE VERMIETUNGEN

Das Problem sind nicht die Bewohner*innen

Auch in Neukölln gibt es sie: die „Problemhäuser“. Verwahrloste Mietshäuser, die von ihren Eigentümer*innen bewusst vernachlässigt oder heruntergewirtschaftet werden. Sie dienen allein der Gewinnmaximierung der Vermieter*innen: durch Überbelegung, Mietwucher und andere illegale Vermietungspraktiken oder mit dem Ziel der Entmietung, um höhere Neuvertragsmieten, eine Luxussanierung oder die Umwandlung in Eigentumswohnungen durchzusetzen (wie im Fall in der Grunewaldstraße). Eigentümer*innen von Problemimmobilien sind oft nicht greifbar, viele arbeiten mit Hausverwaltungen zusammen, die Mieter*innen unter Druck setzen, ohne Verträge „vermieten“, Mieten

bar kassieren usw. Mit Sozialarbeit im Umfeld der Immobilien oder einer „Erziehung“ der Bewohner*innen, wie sie bisher vom Senat empfohlen wurde, ist es nicht getan. Volle Müll-eimer und Schimmel an den Wänden verschwinden dadurch nicht. Durch die menschenunwürdigen Zustände, in denen Bewohner*innen verdrängt und Mieter*innen ausgebeutet werden, entstehen natürlich enorme soziale Probleme. Fast überall nehmen soziale und kulturelle Konflikte in der Nachbarschaft zu. Wir dürfen die betroffenen Mieter*innen, Anrainer*innen und Gewerbetreibenden mit diesem Problem deshalb nicht länger allein lassen. Seit 2012 habe ich in zahlreichen Expert*innenrunden an dem Problem gearbeitet und mit meiner Fraktion eine Überarbeitung des Wohnungsaufsichtsgesetzes vorgelegt.

Was wir darüber hinaus brauchen, ist eine Berliner Gesamtstrategie:

In Problemimmobilien verstärken sich gegenseitig Entwicklungen, die jede für sich eine große Herausforderung für Berlin bedeuten. Wohnungsnot und Immobilienspekulation in der Stadt, die Arbeitsmigration aus anderen EU-Ländern, der vom Land Berlin selbst verursachte Finanz- und Personalnotstand in den Bezirken.

Das größte Problem für die Behörden ist aktuell die Frage, wie sie die Bewohner*innen von Problemhäusern alternativ unterbringen können, um sie vor Wohnungslosigkeit zu bewahren. Berlinweit ist das System der Unterbringung von Wohnungslosen zusammengebrochen.

Der vom Senat aufgelegte sogenannte Roma-Aktionsplan benennt in seiner neusten Fassung nun wenigstens diese Probleme, Neuköllns Bürgermeisterin hat sie zur Chefsache erklärt. Mit der derzeitigen Gesetzeslage und ohne eine Berliner Gesamtstrategie kann hier aber ein Bezirk nicht viel erreichen – zumal auch Neukölln sich bisher eher gedrückt hat. Das medial als „Modell-Haus“ vorgestellte Haus in der Harzer Straße ist im Besitz der Kirche, gut renoviert und sozialpädagogisch begleitet. Das hätte der Bezirk aus eigenen Mitteln nie leisten können.

10 Punkte für eine Grüne Gesamtstrategie:

1 Die von uns vorgelegte Novellierung des Wohnungsaufsichtsgesetzes enthält – nach dem Vorbild des neuen Gesetzes in NRW – unter anderem eine Generalklausel und verankert den Tatbestand der Verwahrlosung und die Eintragung von Ersatzvornahmekosten im Grundbuch. Zu klären ist insbesondere, wie die Eigentümer*innen an den Kosten für die alternative Unterbringung von Bewohner*innen beteiligt werden können.

- 2 Einrichtung einer zeitlich befristeten Projektarbeitsgruppe auf Landesebene.
- 3 Eine bessere Koordination aller Aktivitäten durch eine zentrale Ansprechperson.
- 4 Maßnahmen für eine alternative Wohnraumversorgung von Betroffenen.
- 5 Die effektivere Unterstützung von Altmietern*innen beim Erhalt ihres Wohnraums.
- 6 Eine Streichung der so genannten Zwei-Monats-Frist im Zweckentfremdungsgesetz.
- 7 Zusammenarbeit mit den Finanzämtern und der Ermittlungsgruppe Schwarzarbeit.
- 8 Eine bessere Ausstattung der bezirklichen Wohnungsaufsicht und der örtlichen Polizeibehörden.
- 9 Eine Qualifizierung der Akteur*innen in der sozialen Arbeit mit Roma und bei der Bekämpfung von Antiziganismus.

10 Die Evaluation und Umschichtung von Programmen und Fördermitteln. Wir unterstützen die Forderungen von RomnoKher oder der Hildegard-Lagrenne-Stiftung, dass in der Roma-Arbeit verstärkt dort angesetzt werden muss, wo die eigentlichen Ursachen für Ausbeutung und Diskriminierung liegen. Auch bei anderen Programmen muss nachgesteuert und müssen die Richtlinien dem realen Bedarf angepasst werden.

Mehr Informationen über Problemhäuser in Berlin, über die Nicht-Anwendung des geltenden Gesetzes in den Bezirken, über illegale Räumungen von Menschen ohne Mietverträge etc. finden Sie auf meiner Webseite: gruenlink.de/1215.

Susanna Kahlefeld



Was wirklich wichtig ist, steht groß an der Hermannstraße, Ecke Flughafenstraße
Foto: Martin/flickr CC BY-ND 2.0

DIVERSITY IN BILDUNG, ARBEIT UND VERWALTUNG

Vielfalt zahlt sich aus

Unsere Gesellschaft ist geprägt von großer Vielfalt in Bezug auf ethnische und kulturelle Herkunft, Geschlechter, sexuelle Identitäten, Religionen und Weltanschauungen, körperliche und psychische Befähigungen, etc. Das bietet zahllose Chancen und macht letztendlich auch die Attraktivität Berlins aus. Gleichzeitig steht Berlin aber auch vor der Aufgabe, die Vielfalt zu gestalten.

Wenn es um den Umgang mit Vielfalt geht, taucht schnell der Begriff „Diversity Management“ auf. Entwickelt wurde dieses Konzept für Unternehmen, um die Vielfältigkeit der Belegschaft für die Effektivität und Kreativität des Unternehmens, also letztlich den Unternehmensgewinn zu nutzen. Dahinter stand die Erkenntnis, dass Vielfalt und Unterschiedlichkeit die Arbeit in Unternehmen verbessert und den Erfolg steigert: Die Mischung macht's.

Dabei geht es um zweierlei: Zugangsbarrieren abzubauen und aktiv daraufhin zu wirken, dass Frauen

eingestellt und befördert, Teams herkunftsübergreifend zusammengestellt, auf körperliche Beeinträchtigungen am Arbeitsplatz Rücksicht genommen werden etc. Zum anderen geht es auch darum, aktiv die Unterschiedlichkeit der Beschäftigten für den gemeinsamen Erfolg zu nutzen.

Man sollte meinen, dass das nach all den Jahren, in denen es dieses Konzept gibt, überall angekommen sein sollte. Leider ist das in vielen Lebensbereichen noch nicht der Fall. Um hier voran zu

kommen, habe ich mit den Fraktionskolleg*innen eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Vielfalt konkret – Diversity in Berlin gestalten“ mit Akteur*innen aus Gesellschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Politik organisiert. Alle waren sich einig, dass Berlin mehr Initiativen aus der Politik und ein stärkeres Antidiskriminierungsrecht braucht. Wir tragen dem mit unserem Gesetzesvorschlag dazu Rechnung.

Susanna Kahlefeld

DAS BUNDESGESETZ ALLEINE REICHT NICHT

Berlin braucht ein Landesantidiskriminierungsgesetz

Kein Kita-Platz wegen Hartz IV-Bezug? Herabwürdigende Kommentare auf dem Amt? Getrennte Schulklassen für Kinder, deren Familiensprache Deutsch ist?

Das Antidiskriminierungsgesetz des Bundes, das seit 2006 in Kraft ist, ist auf Diskriminierungen durch Ämter und Behörden des Landes nicht anwendbar. Wer als Bürger oder Bürgerin durch die Verwaltung, die Polizei oder in der Schule diskriminiert wurde, kann sich darauf nicht berufen. Es liegt bei den Ländern, diese Schutzlücke zu schließen. Was in Berlin bisher leider nicht geschehen ist, obwohl es eine Verpflichtung aller europäischen Länder gibt, auf allen Ebenen für wirksamen gesetzlichen Schutz gegen Diskriminierung zu sorgen.

Das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“, wie das Bundesgesetz offiziell heißt, betrifft das Arbeits-, das Dienst- und das Zivilrecht. Wer z.B. auf Jobsuche eine Absage bekommt, in der steht, er oder sie sei zu alt, kann dagegen vorgehen. Niemand darf aufgrund seines Alters abgelehnt

werden, wenn es nicht einen guten Grund für eine Altersbegrenzung gibt, den der oder die Arbeitgeber*in auch vor Gericht plausibel machen kann. Leider ist das Gesetz immer noch viel zu unbekannt.

In der im Sommer 2015 erschienenen Integrationsstudie MIPEX schneidet Deutschland im Bereich Antidiskriminierung nur äußerst mittelmäßig ab. Die deutsche Gleichbehandlungspolitik sei eine der schwächsten im internationalen Vergleich, wird dort festgestellt. Die Antidiskriminierungsstellen haben zu wenige Befugnisse, es gibt kein Verbandsklagerecht und vor allem: Es sei, so die Studie, Schluss zu machen mit dem Schubladendenken, das allzu häufig in der Politik vorherrscht. Integrations- und Antidiskriminierungspolitik würden oft getrennt behandelt, obwohl beide zusammen gehören: Der Einsatz gegen Diskriminierung sollte, so die Empfehlung, als untrennbarer Bestandteil einer jeden Integrationspolitik verstanden werden.

In einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz wollen wir Grüne daher nicht nur den Geltungsbereich des

Bundesgesetzes auf die Landesebene erweitern, sondern zugleich das Bundesgesetz effektiver machen. Dazu gehört die Verpflichtung der Berliner Verwaltung, das Bundes- und Landesgesetz (wenn es dann in Kraft ist) bekannter zu machen. Außerdem sollen Unternehmen, die öffentliche Aufträge bekommen, verpflichtet werden, bei Einstellungen und Beförderungen die Vielfalt ihrer Beschäftigten zu fördern.

Zu einer verbesserten Effektivität sollen auch ein Verbandsklagerecht und die Beweislastumkehr beitragen: Verbandsklage bedeutet, dass nicht wie bisher nur einzelne Geschädigte vor Gericht gehen können, sondern Organisationen („Verbände“) das ebenso dürfen. Frauenrechtsorganisationen fordern das schon lange. Bei der Beweislastumkehr geht es darum, dass z.B. ein Vermieter oder eine Ver-

mieterin, der/die nicht an Hartz-IV-Bezieher*innen vermietet, dies nicht aus diskriminierenden Gründen tut, sondern nachvollziehbare, vernünftige Gründe dafür vorzuweisen hat. Es muss also nicht der/die abgelehnte Mieter*in nachweisen, dass er/sie diskriminiert wurde.

Und schließlich: In unserem grünen Gesetzentwurf ist auch die Diskriminierung aufgrund der sozialen Lage ergänzt. Für einen Bezirk wie Neukölln wäre das ein wichtiger Punkt. Die Adresse ist ebenso wie der Name ein Grund für potentielle Arbeitgeber*innen und Betriebe, Bewerber*innen um Arbeit oder Ausbildungsplätze abzulehnen. Was bei gleicher Qualifikation aber kein Grund sein darf.

Berlin hat in dieser Hinsicht eine Menge nachzuholen. Diskriminierung ist nichts, was man einfach

hinnehmen sollte. Sie beeinträchtigt das Leben, blockiert Bildungszugänge, ist verletzend und demütigend, egal, ob sie aufgrund des Alters, des sozialen Status, der Herkunft, einer Behinderung oder aus rassistischen Gründen, aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung geschieht. Im November brachte die Grüne Fraktion daher einen Gesetzentwurf für ein Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG, Drucksache 17/2574) ins Abgeordnetenhaus ein. Ein Gesetz kann Diskriminierung nicht abschaffen, aber es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und unverzichtbar für eine vielfältige und offene Gesellschaft.

Interessant in diesem Kontext ist auch die Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, bei der sich auf www.antidiskriminierungsstelle.de bis Ende November 2015 jede*r beteiligen konnte. Auch die Ergebnisse werden später dort zu finden sein.

Susanna Kahlefeld

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...für Normalos nicht mehr bezahlbar.“
Jürgen, 53 Jahre



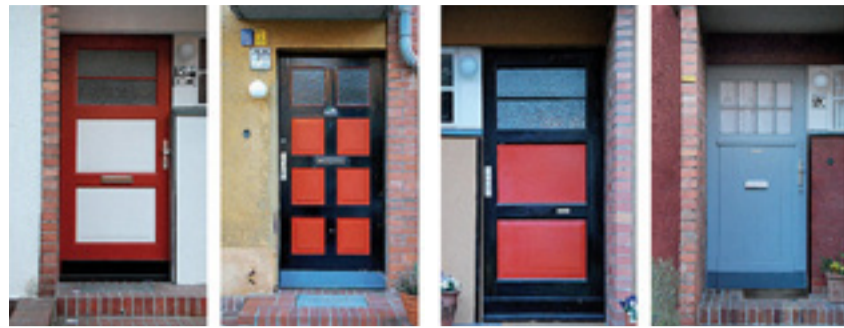
ENGAGEMENT FÜR MEINEN BEZIRK

Für ein buntes Neukölln

Neukölln hat sich in den letzten Jahren rasant geändert. Vieles war 2011, als ich im Wahlkreis 2 Neukölln direkt ins Abgeordnetenhaus gewählt wurde, noch nicht absehbar – vieles ist uns aber durch alle Veränderungen hindurch erhalten geblieben: So die Verdrängung und Probleme mit den steigenden Mieten, die miserable Fahrrad-Infrastruktur, die schlechte Ausstattung der Schulen. Hier haben Senat und Bezirk nichts oder wenig getan. Umso wichtiger ist es, den Neuköllner*innen im Abgeordnetenhaus eine Stimme zu geben.

Kiez-Gespräche

Um Themen des Bezirks mit den Bewohner*innen meines Wahlkreises zu diskutieren, veranstalte ich regelmäßig Kiezgespräche, in denen Bürger*innen, Expert*innen und grüne Politik ins Gespräch kommen. So habe ich dieses Jahr u.a. mit Sven Giegold aus dem Europaparlament und mehr als 50 Gästen über die Entwicklung des Sektors der Solidarischen Ökonomie in Neukölln gesprochen. Ein weiteres Problem



Bunt sind nicht nur die Neuköllner Eingangstüren in der Hufeiseniedlung
Foto: BenBuschfeld CC BY 3.0

sind die vermehrten Kontrollen der Neuköllner Spätkaufäden durch Polizei und Ordnungsamt. Dabei gilt es abzuwägen zwischen Schikane und berechtigter Kontrolle – etwa wenn es um Lärmbelästigung geht. Ein zentrales Thema im Bezirk bleibt die Bürger*innenbeteiligung: Ich habe den Einwohner*innenantrag zum Milieuschutz unterstützt, ebenso den Volksentscheid zur Mietenpolitik. Zur Diskussion über Ausweitung und Verbesserung von Bürger*innenbeteiligung hatte ich letzten Herbst Fachleute von Mehr Demokratie e.V. und unseren rechtspolitischen Sprecher Dirk Behrendt eingeladen. Zuletzt ging es um Kreativwirtschaft und ihre Chancen in und für Neukölln. Auch in Zukunft veranstalte ich Kiezgespräche zu für Neukölln relevanten Themen, aktuelle Termine finden Sie

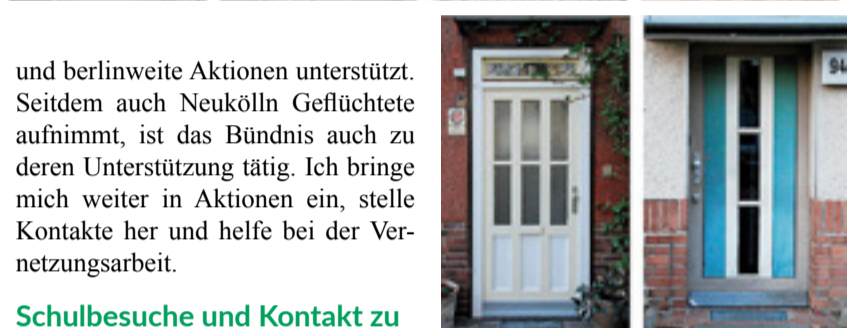
auf meiner Homepage.

Fahrradfreundliches Neukölln

Laut der letzten Verkehrszählung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung von 2014 hat sich der Fahrradverkehr Berlins in den letzten 14 Jahren um über 50 % erhöht, ein Trend hin zum Fahrrad ist also deutlich zu erkennen. Auch in Neukölln, wo die Straßen eng, gepflastert – und die Politik besonders fahrradunfreundlich ist. Mit meiner Kollegin Anja Kofbinger diskutierte ich darüber mit Expert*innen und Anwohner*innen. Bemängelt wurde u.a. das Fehlen von Nord-Süd-Verbindungen durch Neukölln, die nicht vorhandenen Radwege an den Hauptverkehrsstraßen, mangelnde Abstellmöglichkeiten und die fehlende Familienfreundlichkeit der Radinfrastruktur. Ich unterstütze das neu gegründete und sehr aktive Fahrradnetzwerk Neukölln, das sich seit September für mehr Fahrradfreundlichkeit im Bezirk einsetzt. Denn auch hier müssen Bezirksebene und Abgeordnetenhaus zusammenarbeiten.

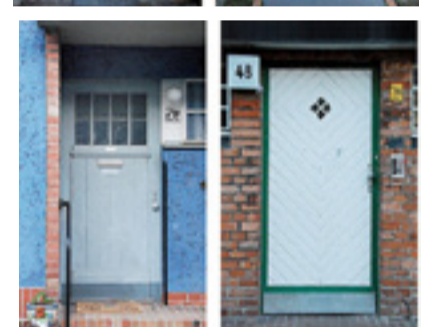
Flüchtlingshilfe und Engagement gegen Rechts

Seitdem wir in Neukölln vor etlichen Jahren rechte Übergriffe auf Cafés, Parteibüros von Grünen und Linken sowie auf verschiedene Vereine hatten, bin ich im „Bündnis Neukölln. Gemeinsam für Demokratie, Respekt und Vielfalt“ (www.buendnis-neukoelln.de) aktiv. Wir haben eine Menge Veranstaltungen auf die Beine gestellt



Schulbesuche und Kontakt zu den Vereinen und Initiativen

Gemeinsam mit Mahwareh Christians-Roshanai habe ich in diesem Jahr viele Schulen besucht, nicht nur im Wahlkreis 2. Räume und Ausstattungsmängel, aber auch die soziale Situation der Eltern und Kinder habe ich in die Abgeordnetenhausfraktion hineinkommuniziert. Auch hier verändert sich Neukölln: Die Verdrängung durch hohe Mieten geht weiter, die Zuzüger*innen haben neue Ansprüche an die Schulen, sie wollen mitgestalten und fordern Beteiligung. Die Schulen müssen sich umstellen, aber davon werden alle profitieren, auch die Kinder in den Willkommensklassen. Und wer wusste, dass wir einen Kooperationspartner der Dokumenta 2016 hier im Bezirk haben? Die Kulturarbeit im Bezirk ist zu einem wesentlichen Entwicklungsfaktor geworden. Im Kulturausschuss höre ich immer wieder die Klagen der



Freien Szene – sie sind innovativ und haben eine enorme Energie, werden aber auf Landes- und Bezirksebene nur stiefmütterlich behandelt. Ein Fehler, wenn man den Bezirk vorbringen will. Erfolgreiche Initiativen und Vereine gibt es auch im Bereich Ausbildungsförderung und Bildung. Sie leisten, was Bezirk und Land nicht können – oder wollen. Zu vielen halte ich seit Jahren den Kontakt und versuche zu unterstützen.

Susanna Kahlefeld

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT, BETEILIGUNG, FREIWILLIGE ARBEIT

Ehrenamt braucht Strukturen

Seit dem 22. September 2014 bin ich Vorsitzende im Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement. Wir tagen regelmäßig in Vereinen und Einrichtungen, in denen die Berlinerinnen und Berliner sich engagieren: Freiwillige Vollzugshelfer*innen haben wir an ihrem Einsatzort im Gefängnis besucht, wir waren im Verein Aufbruch Neukölln zum Gespräch mit Kazim Erdogan und auf dem Turm

des Neuköllner Rathauses, um uns die Arbeit der Freifunker*innen erläutern zu lassen. Im Ausschuss eingeladen waren die Freiwilligen von U 25, einem Projekt, in dem Jugendliche andere Jugendliche, die sich mit dem Gedanken an Selbstmord tragen, über diese Krise hinweg beraten, online und sehr professionell.

Was man mit freiwilliger Arbeit schaffen kann, führt uns seit Monaten das bestens organisierte Engagement für die Geflüchteten vor Augen. Ohne die Arbeit, die Spenden und die Selbstorganisation wäre das Elend der Geflüchteten in der Stadt noch viel größer. Aber bürgerschaftliches Engagement ist nicht dazu da, Fehler der Regierungen auszubügeln. Und eine Regierung darf nicht ihre Verantwortung auf die Freiwilligen abwälzen. Deshalb müssen die Verhältnisse zwischen Senat und bürgerschaftlichem Engagement neu geordnet werden. Die Vernetzungsstrukturen müssen unterstützt werden, Bürokratie muss abgebaut werden. Wir brauchen eine Verwaltung, die bereit und in der Lage ist, mit freiwillig Engagierten zu kooperieren, auch außerhalb offizieller Vereins- und Verbandsstrukturen.

Das Engagement im Bereich von Pflege und

Betreuung, mit Jugendlichen, in der Nachhilfe, im Sport und in der kulturellen Bildung ist ebenfalls immens. Aber auch hier fehlt, was im Bereich der Flüchtlingsarbeit offensichtlich geworden ist: eine eindeutige und abgestimmte Unterstützung durch den Senat. Das ist in den Ausschusssitzungen vielfach formuliert worden.

Wir fordern deshalb als Grüne, zur Unterstützung des Engagements in Berlin einen landesweiten und ressortübergreifenden Prozess der Strategieentwicklung einzuleiten. Ziel sollte es sein, eine gemeinsame und verbindliche Vereinbarung zu erarbeiten und Strukturen zu schaffen, die den Berlinerinnen und Berlinern die aktive Gestaltung und Mitbestimmung in der Stadt ermöglichen.

Dazu gehört aber auch die Stärkung der Mitbestimmung: Wer sich freiwillig engagiert, kennt die Mängel und Bedarfe und sollte in Entscheidungen einbezogen werden. Beiräte, Initiativen, auch Bürgeranträge und -entscheide sind Engagement der Bürger*innen und wichtig, um Politik zu korrigieren und voranzubringen. Die Milieuschutzgebiete im Norden Neuköllns verdanken wir dem auch Einwohner*innenantrag, in dem sie gefordert wurden.

Susanna Kahlefeld

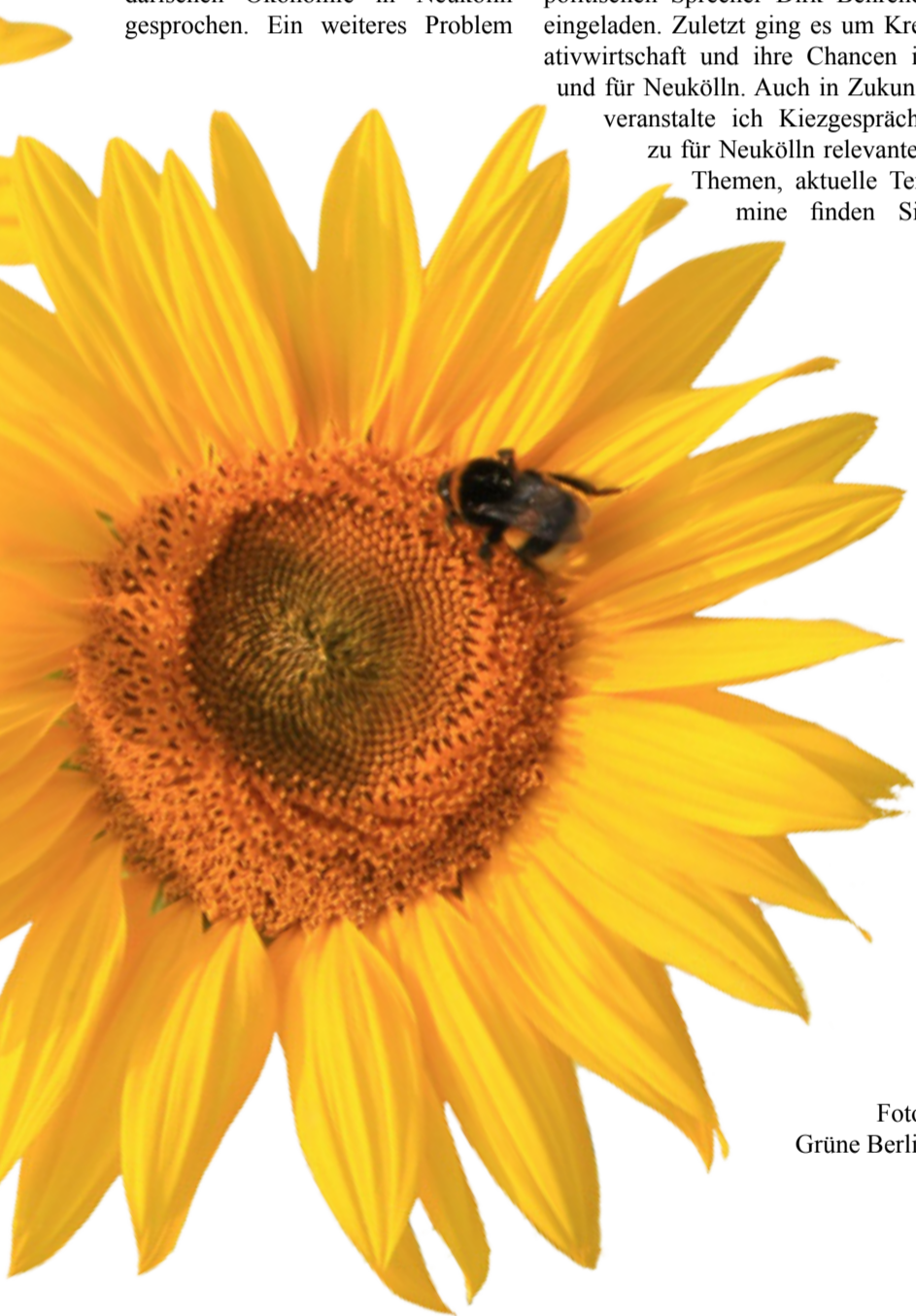


Foto: Grüne Berlin

Grüne Abgeordnete im Fokus

Die Stachel-Redaktion hat sich dafür entschieden, in diesem Jahr jeweils eine Schwerpunktausgabe unseren beiden direkt gewählten Abgeordneten für Neukölln zu widmen und unseren Leser*innen deren Arbeit sowohl im Abgeordnetenhaus als auch hier im Bezirk näher vorzustellen. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht Dr. Susanna Kahlefeld, zuständig für den Nordneuköllner Wahlkreis 2 und seit 2011 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Sie ist Sprecherin für Partizipation und Gleichbehandlung von Migrant*innen sowie für Religionspolitik der Grünen Fraktion und Vorsitzende des Ausschusses für bürgerschaftliches Engagement. Susanna hat Philosophie und katholische Theologie in München und Berlin studiert und ist seit 2000 in verschiedener Funktion im Grünen Landesverband aktiv: im Neuköllner Kreisvorstand, in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung und in der Landesarbeitsgemeinschaft Flucht und Migration. Sie ist regelmäßig im Bezirk unterwegs, besucht Vereine und Projekte und hat immer ein offenes Ohr für die großen und kleinen Probleme der Neuköllner*innen. Mehr zu Susanna und ihrer Arbeit gibt es unter www.susanna-kahlefeld.de.

In der letzten Ausgabe stand Anja Kofbinger und ihre Arbeit im Mittelpunkt.



Foto: Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus

ABSCHLUSSBERICHT DER ENQUETE-KOMMISSION ENERGIE

Berlin will bei der Energiewende aufholen

Meine Stadt ist eigentlich hip und cool. Eigentlich. Denn in Sachen Umstellung unserer Energieversorgung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien passiert hier ziemlich wenig. Warum ist es so schwer, die „Energiewende in Bürger*innenhand“ auch hier zu starten? Als Hauptstadt sollte Berlin eigentlich nicht seit Jahren beim Ranking der „Agentur für Erneuerbare Energien“ als abgehängtes Schlusslicht dastehen. Als wachsende, junge, internationale Stadt im Herzen Europas hat Berlin m.E. eine Schaufensterfunktion, der es derzeit noch nicht gerecht wird.

Auf Druck der Grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus und dank des fast erfolgreichen Volksentscheides über die Rekommunalisierung des Stromnetzes wurde am 08. Mai 2014

ein Neuanfang beschlossen: Die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ hat ihre Arbeit aufgenommen. Das Besondere: Neben elf Politiker*innen saßen auch sechs unabhängige Expert*innen stimmberechtigt am Tisch.

Am Ende stand ein fast einstimmiger Beschluss – etwas ganz Besonderes, denn normalerweise formuliert die Opposition einen Gegenbericht. Nur zwei Forderungen zu tagespolitisch heißen Fragen wurden mit einer einfachen Mehrheit beschlossen: Die Rekommunalisierung des Strom- und Gasnetzes sowie die Erhöhung der Mittel und Kompetenzen des Stadtwerkes. SPD, Linke und Piraten waren hier auf unserer Seite. Auch das lässt hoffen!

Der Enquete-Bericht beschreibt zu den Abschnitten Strom, Wärme, Infrastruktur und Institutionen, wo die Stadt steht, was möglich ist und was dafür getan werden sollte. Lediglich der Berichtsteil Verkehr wurde vorerst ausgeklammert. Berlins Ziel ist nun klar vorgegeben: Bis 2030 raus aus der Kohle und bis 2050 wollen wir eine komplett klimaneutrale Energieversorgung. Ich finde zwar, dass diese Stadt das schneller hinbekommen kann und angesichts der Klimakrise auch muss. Aber dennoch ist es eine klare Ansage: Unsere Stadt holt bei der Energiewende jetzt auf!

Einige Beschlüsse auf einen Blick:

- Berlin bekommt – endlich – ein Energiewendegesetz! Zudem

soll es eine Senatsverwaltung für Energie und eine Energiewende-Agentur geben.

- Berlin muss mehr investieren! Die Energiewende kommt nicht von Ungefähr, deshalb müssen Privatwirtschaft, aber auch das Land selbst jetzt Geld in die Hand nehmen.
- Das bestehende Bonsai-Stadtwerk wird groß! Es soll selber Öko-Strom anbieten, öffentliche Gebäude sanieren und Energiewendefit machen, ein „virtuelles Kraftwerk“ aufbauen und mehr Solaranlagen zum Beispiel auf Bahnhofsflächen aufstellen.
- Wärme wird grün! Es sollen CO₂-Grenzwerte für die Fernwärme kommen und im Gebäudebestand mehr erneuerbar erzeugte Wärme genutzt werden. „Grünes Gas“ aus erneuerbarem Strom (Power-to-Gas) soll perspektivisch eine starke Rolle gerade im Wärmesektor spielen.
- Berlin „divested“ und zieht innerhalb von fünf Jahren alle Anlagen aus fossilen Unternehmen wie RWE und Shell ab.
- Energetische Gebäudesanierung soll massiv vorangebracht werden. Dabei sollen die öffentlichen Gebäude schnellstmöglich Vorbild werden. Neubauten sollen so klimafreundlich wie möglich gebaut werden, damit sie langfristig niedrige Energiekosten garantieren.

Außerdem soll die Wirtschaft in Berlin stärker auf die Energiewende und ihre Chancen ausgerichtet werden. Mein Berlin ist die Stadt der Köpfe und Ideen, anders als Industriegebiete oder Flächenländer – und hat deshalb nicht

weniger, sondern andere Möglichkeiten. Wir Grüne wollen deshalb sogenannte Mieterstrom-Projekte weiter stärken, wo die Menschen den Strom direkt vom eigenen Dach und/oder eigenen Keller bekommen. Denn das entspricht dem Charakter dieser Stadt, in der sechs von

sieben Einwohner*innen zur Miete wohnen. Die Energiewende gelingt nur dann, wenn wir sie vor allem von unten antreiben – wenn sie in der Hand der Bürger*innen liegt, bei uns allen.

Einige sahen in der Enquete bereits vorweggenommene Koalitionsverhandlungen. Da alle Parteien mit am Tisch saßen, könnte das Thema Energiewende und Klimaschutz jetzt doch befriedet sein und politisch Ruhe einkehren, oder? Nein! Denn verpflichtend ist der Bericht noch lange nicht! Nur wir Grüne werden für die Umsetzung der Empfehlungen kämpfen. Unsere politischen Konkurrent*innen haben bewiesen, dass sie auf Argumente hören und wir werden sie daran erinnern. Denn Berlin braucht den Energiewende-Aufholplan.

Fragendazu gerne an georg.koessler@gruene-neukoelln.de

Georg Kössler
Neuköllner und Sprecher der bundesweiten AG Energie der Grünen.

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„... der perfekte Ort, um neue kreative Ideen auszuprobieren.“
Dunya, 28 Jahre



Grün geht nicht nur am Boden
Foto: Christian Hoffmann

EIN WEG ZU KLUGEN KÖPFEN

Vertikales Grün

Sommer in der Stadt, Gebäude stehen dicht gedrängt, es gibt kaum noch Platz für Bäume. Die Umweltfolgen dieser Entwicklung sind enorm: brütende Hitze in Häuserschluchten und extreme Trockenheit. Staub, schlechte Luftqualität, hohe Ozonwerte nehmen zu. Lärm breitet sich ungehindert aus. Diese Effekte bewirken jeden Sommer akute Gesundheitsrisiken für Bewohner*innen verdichteter Innenstadtbereiche.

Der Blick aus dem Fenster fällt auf graue Betonfassaden. Wer will so leben? Der Faktor Lebensqualität mit seinen vielen Facetten wird derzeit immer wichtiger, um die Zukunftsfähigkeit von Metropolen zu gewährleisten. Zuwanderung von jungen, qualifizierten, innovativen Menschen entscheidet heute darüber, wo morgen Entwicklung stattfinden kann. Grün ist dabei ein, wenn nicht sogar das entscheidende Bindeglied, welches dazu beiträgt, die negativen Folgen von Urbanisierung zu mindern. Doch Fläche in Städten ist begrenzt. Freiraum ist teuer und wird unter kapitalistischen Gesichtspunkten folglich lieber bebaut als bepflanzt, das konnten wir in Berlin in den vergangenen Jahren insbesondere entlang der Spree und der Kanäle beobachten.

Ein Vorbild im Ausland

Singapur hat schon vor einigen Jahren die Zeichen der Zeit erkannt und rechtliche wie finanzielle Grundlagen geschaffen, um vertikales Grün in der Stadt massiv zu fördern. Kein Hochhausprojekt wird mehr genehmigt, ohne dass Fassaden- und Dachbegrünung von Beginn an mitgedacht werden. Der Staat übernimmt dort sogar 50 % der Kosten dafür. Von solchen Zuständen sind wir in Berlin weit entfernt. Hier ist der Anteil der

gefallten Bäume immer noch deutlich größer als jener der neu gepflanzten. Urbane Nachverdichtung für den Wohnungsbau wird diskutiert, ohne dass Grün konsequent in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen rechtsverbindlich festgeschrieben wird. Das Personal in den Bauabteilungen reicht nicht einmal aus, um nachzuprüfen, ob die wenigen Grönauflagen auch wirklich umgesetzt worden sind.

Es ist vollkommen unverständlich, warum triste, graue Wände noch immer Straßenszenen dominieren. Ein wenig vertikales Grün an der Fassade kann kostengünstig wahre Wunder bewirken. Es ist nicht nur der positive, schwer quantifizierbare Einfluss auf die Psyche der Städter*innen durch vielfältige Pflanzenformen, -farben, -blüten und deren Düfte und Früchte im jahreszeitlichen Wandel. Es ist auch der ökologische Effekt von Fassadengrün als Lebens-, Nist- und Nahrungsraum insbesondere für Vögel, aber auch für unsere Stadtbienen. Vertikales Grün dient auch als Brücke zwischen unterschiedlichen urbanen Biotopen in einem Verbundsystem. Je nach Pflanzenauswahl kann sogar Obst produziert werden.

Der positive Mehrwert von vertikalem Grün ist jedoch auch direkt messbar: Das Mikroklima wird verbessert. Neben einer höheren Sauerstoffproduktion und Kohlendioxidbindung sorgt die Verdunstung der Pflanzen für geringere Temperaturen, höhere Luftfeuchtigkeit und eine Reduzierung von Feinstaub und Luftschadstoffen, die ausgefiltert werden. Windturbulenzen im Straßenraum werden reduziert und Lärm nimmt messbar ab, weil begrünte Wände den Schall nicht mehr ungehindert reflektieren. Fassaden werden geschützt,

weil Gebäude im Sommer weniger Energie aufnehmen und im Winter weniger Wärme abstrahlen, wenn ein immergrüner Bewuchs wie z.B. Efeu gewählt wird.

Wenig Kosten, viel Ertrag

Das Umwelt-Gesamtpaket gibt es für wenig Einsatz: Bei der Pflanzung entstehen nur geringe Kosten. Es sollte hier bedacht werden, dass die Begrünung in geschützten, erhöhten Pflanzbereichen auch Schäden, z.B. durch Hundeurin, verhindert. Die laufenden Kosten setzen sich aus dem Bewässerungsaufwand, wenn kein Regenwasser genutzt wird, und Pflegeschneidkosten zusammen, denn es sollte verhindert werden, dass Pflanzen bis zur Dachkante klettern und dort möglicherweise Schäden anrichten. Diesem Problem kann bei der Planung vorgebeugt werden, in dem z.B. nicht selbstklimmende Pflanzen verwendet werden, deren Rankhilfen unterhalb des Daches enden.

Um hier mehr Überzeugungsarbeit zu leisten, müssen Kommunen mit ihren öffentlichen Gebäuden aber auch dem genossenschaftlichen Wohnungsbestand als Vorreiter agieren und so den Anstoß geben, dass auch Privateigentümer*innen diesem positiven Beispiel folgen. Ein normaler viergeschossiger Neuköllner Altbau bietet alleine straßenseitig etwa 400 Quadratmeter Fassadenfläche. Dies verdeutlicht, welches riesige, ungenutzte Flächenpotenzial alleine in unserem Stadtteil steckt.

Christian Hoffmann

Der Autor ist landschaftsplanender Bodenkundler und seit vielen Jahren in den Bereichen Bodenschutz und Umweltbildung tätig.



Geflüchtete Frauen besser schützen

Alleinreisende Frauen besonders gefährdet

Ein Thema, das uns alle gerade sehr bewegt, ist der katastrophale Umgang des Senats mit der Unterbringung von Geflüchteten. Die besonders schwierige Situation von geflüchteten Frauen jedoch wird in der Öffentlichkeit nicht angemessen thematisiert. Nur wenigen Frauen gelingt die Flucht aus Kriegs- und Krisenregionen allein, da sie meist nicht die notwendigen Mittel besitzen. Sie verlassen ihre Heimat aus denselben Gründen wie Männer, hinzu kommen noch geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung. Viele der allein reisenden Frauen werden auf ihrer Flucht Opfer von Gewalt und sexuellen Übergriffen, auch in Erstaufnahmeeinrichtungen und in Gemeinschaftsunterkünften. Probleme sind schlechte Beleuchtung, ungenügender Schutz vor Eindringlingen sowie abgelegene sanitäre Einrichtungen.

Besonderer Schutz ist notwendig

Die EU schreibt einen besonderen Schutz für besonders schutzbedürftige Asylsuchende wie Schwangere, Alleinerziehende und Opfer von

Gewalt vor, doch hier besteht noch großer Handlungsbedarf! Bereits vor zwei Jahren haben wir den Senat aufgefordert, mehr für den Schutz von geflüchteten Frauen und Mädchen zu tun. Die Koalition lehnte unseren Antrag damals mit der Begründung ab, es gäbe bereits entsprechende Hilfsmaßnahmen. Doch die Lage der Betroffenen ist schlimmer denn je.

Antrag der Grünen Fraktion

Daher wird unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus erneut einen Antrag ins Parlament einbringen, um geflüchtete Frauen bei uns besser zu schützen. Mit verschiedenen Maßnahmen muss dafür gesorgt werden, dass sich besonders schutzbedürftige Geflüchtete in den Einrichtungen sicher bewegen und wohnen können. Für den kommenden Haushalt fordern wir, dass ein Teil der erwarteten 242 Millionen vom Bund für die Verbesserung der Situation von Geflüchteten in Berlin eingesetzt wird. Der Senat muss jetzt endlich handeln. Die Anträge mit unseren Forderungen finden Sie auf www.kofbinger.de.

Anja Kofbinger

BESCHLOSSEN, ABER NICHT IN KRAFT

Milieuschutz im Reuterkiez kommt

Nach jahrelangem Ringen war es am 23. September endlich so weit: Das Neuköllner „Parlament“, die Bezirksverordnetenversammlung, hat den Weg für Milieuschutz für den Reuterkiez freigemacht. In der Dezember Sitzung wird – aller Voraussicht nach – der Schillerkiez folgen. Fünf weitere Verdachtsgebiete sollen in den nächsten 15 Monaten untersucht werden.

Damit wird eine langjährig von der politischen Opposition aus Grünen, Linken und Piraten sowie zahlreichen Quartiersräten und Initiativen wie dem Neuköllner Mietenbündnis erhobene Forderung endlich umgesetzt. Vorausgegangen war dem neben parlamentarischen Anträgen auch ein Einwohner*innenantrag des Mietenbündnisses, der von mehr als 3.500 Neuköllnerinnen und Neuköllnern unterstützt wurde. Das hatte zuletzt auch die Neuköllner SPD zum Umdenken gebracht, die das Instrument jahrelang abgelehnt hatte. Damit spricht sich nur noch die CDU im Bezirk offen gegen Milieuschutz aus.

Die Verdrängung ist seit Jahren in vollem Gang

Die Untersuchungen im Reuter- und Schillerkiez haben ergeben, was jede*r seit Jahren sehen kann, die*der mit offenen Augen durch die Gebiete läuft: Aufwertungspotential, Aufwertungsdruck und Verdrängungspotential sind en masse vor-

als im Schillerkiez – auch das keine Überraschung.

Hinter dem, was im Behördendeutsch „Verordnung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gem. § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuchs“ heißt, verbergen sich eine Reihe von politischen Eingriffsmöglichkeiten gegen die Verdrängung von Kiezbewohner*innen. Die wichtigsten: Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen kann ebenso versagt werden wie Luxusmodernisierungen oder Wohnungszusammenlegungen. Gegen „normale“ Mieterhöhungen oder zeitgemäße Sanierungen hilft das Instrument dagegen nicht.

Milieuschutz ist also kein Allheilmittel, doch andere Bezirke wie Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow oder Tempelhof-Schöneberg haben positive Erfahrungen gemacht und die Gentrifizierungsdynamik damit zumindest abzuschwächen können. Tempelhof-Schöneberg hat außerdem

in einem viel beachteten Verfahren das Vorkaufsrecht bei einem Mietshaus ausgeübt, das der Bund nach dem Höchstpreisverfahren veräußern wollte. Auch dies ist eine Möglichkeit, die es nur in Milieuschutzgebieten gibt.

Milieuschutz aus Personal-mangel noch nicht in Kraft

In Neukölln ist der Milieuschutz dagegen immer noch nicht in Kraft – der Bezirk hat kein Personal, um ihn umzusetzen. Erst Mitte November hat das Bezirksamt auf grünen Druck hin den Weg für zwei neue Stellen freigemacht, die demnächst ausgeschrieben werden sollen. Damit ist frühestens im März damit zu rechnen, dass es wirklich los geht.

Bitter ist dies für alle, deren Haus in der Zwischenzeit verkauft und in Eigentumswohnungen umgewandelt wird. Eine von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossene aufschiebende Regelung hat SPD-Baustratrat Thomas Blesing nicht umgesetzt – ebenfalls mit

der Begründung von Personal-mangel. Es ist zu befürchten, dass viele Hauseigentümer*innen jetzt noch schnell tätig werden und das Haus in Einzeleigentumswohnungen aufteilen. Mit einer vorausschauenden Politik und frühzeitigem, entschlossenen Handeln hätte sich genau das verhindern lassen.

Kritik muss sich aber auch der Senat gefallen lassen. Zwar wird Milieuschutz von der SPD-geführten Stadtentwicklungsverwaltung befürwortet und auch die Kosten für die Voruntersuchungen werden übernommen. Das dringend notwendige zusätzliche Personal wird von der ebenfalls SPD-geführten Finanzverwaltung dagegen verwehrt. Die SPD in Land und Bezirk ist damit leider nach wie vor weit davon entfernt, den Schutz der Kiezbewohner*innen wirklich zu ihrer Angelegenheit zu machen.

Jochen Biedermann

Vorsitzender des
Stadtentwicklungsausschusses



Foto: geral/CC0 Public Domain

handen, der Bevölkerungsaustausch ist in vollem Gange. Wer in den letzten Jahren zugezogen ist, verdient mehr, zahlt aber auch eine deutlich höhere Miete. Diese Entwicklung ist im Reuterkiez noch weiter vorangeschritten

WISSENSCHAFT IST TEUER – UND RENTABEL

Der Elfenbeinturm ist für uns alle da

Wissenschaftshauptstadt Berlin. Deutschlands Forschungs- und Technologiestandort Nr. 1. Zwei international renommierte Eliteuniversitäten. Wer sich mit Berlins Wissenschaftspolitik befasst, stößt überall auf derartige Begrifflichkeiten. Bei einer vielfältigen Wissenschaftslandschaft mit über 40 staatlichen und privaten Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen, über 60 außeruniversitären Forschungseinrichtungen und sehr erfolgreichem Abschneiden gleich dreier Universitäten bei der Exzellenzinitiative des Bundes scheint solcherlei Eigenlob auch angemessen zu sein. Fast 50.000 Menschen arbeiten haupt- oder nebenberuflich an unseren international ausgerichteten und global vernetzten Wissenschaftseinrichtungen, über 170.000 Studierende aus ganz Deutschland und aller Welt lernen, wohnen und arbeiten in der Stadt und Berlin gilt als forschungstärkste Region Deutschlands. Soweit, so großartig.

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„... wenn das so weitergeht nicht mehr mein Bezirk: zu teuer, zu laut, zu rücksichtslos.“
Margarethe,
72 Jahre

Da wirken die im Sommer vom Senat für den gesamten staatlichen Hochschulbau beschlossenen zusätzlichen 32 Millionen Euro jährlich, die aus der Übernahme der BaFög-Mittel durch den Bund freigezogen sind, noch nicht einmal wie der Tropfen auf dem heißen Stein. Auch das kürzlich beschlossene Investitionspaket, das den staatlichen Hochschulen und der Charité ab 2017 über einen Zeitraum von 10 Jahren insgesamt 1,2 Milliarden für Baumaßnahmen zusichert, ist zwar vor dem Hintergrund der bisherigen Versäumnisse ein bedeutender Fortschritt. Der durch eine kurzfristige Sparpolitik über mehrere Legislaturperioden hinweg aufgelaufene immense Investitions- und Sanierungsstau kann damit aber auch nur teilweise angegangen werden. Und eine langfristige Gesamtstrategie, wo Berlin mit seiner Wissenschaftslandschaft überhaupt hin will, ist nirgends zu erkennen.

Ein Euro raus, zwei Euro rein

Dabei sind unsere Wissenschaftseinrichtungen auch ein sehr wichtiger Teil der Berliner Wirtschaft: Allein die vier Universitäten der Hauptstadt erzeugten im Jahr 2011 bei einem Landeszuschuss von ca. 840 Millionen Euro durch Nachfrage- und Beschäftigungsimpulse eine Wertschöpfung von rund 1,7 Milliarden Euro Einkommen in der gesamten Region und dadurch wiederum Steuereinnahmen von fast 120 Mio. € für die Hauptstadtkasse – Tendenz seit Jahren steigend. Bei einem Wertschöpfungseffekt in doppelter Höhe der investierten öffentlichen Gelder verwandelt sich der Kostenfaktor für den Landeshaushalt schnell in einen beachtlichen Wirtschaftsfaktor mit positiven Auswirkungen auf die gesamte Stadt und weit darüber hinaus.

Zahlen sind nicht alles

Bei einer alleinigen Fixierung auf die nackten Zahlen droht jedoch etwas anderes, viel grundlegendes

aus dem Blick zu geraten: Berlins Wissenschaftspolitik braucht auch endlich ein umfassendes Zukunftskonzept – eine langfristige Gesamtstrategie, die für alle Beteiligten eine klare Perspektive aufzeigt, wohin Berlin mit seiner Wissenschaft will, die Stärken der Vielfalt unserer Wissenschaftslandschaft nutzt, sie politisch unterstützt und fördert.

Der rot-schwarze Senat macht jedoch nicht gerade den Eindruck, als hätte er für diesen so wichtigen Bereich den erforderlichen politischen Gestaltungswillen geschweige denn ein zukunftsfähiges Konzept.

Annette Heppel

FLÜCHTLINGSUNTERBRINGUNG AUF DEM TEMPELHOFFER FELD

Notlösungen statt Gesamtstrategie

Der Senat will nun also auch das Tempelhofer Feld zur Unterbringung von Geflüchteten nutzen. Dafür muss allerdings das mit großer Mehrheit im Volksentscheid 2014 beschlossene Tempelhof-Gesetz geändert werden. Natürlich nur vorübergehend, alles nur temporär, befristet bis 2019. Dafür warb der Senat auch um Zustimmung genau der Initiativen und Menschen, die sich für den Erhalt des Feldes einsetzen. Doch diese bleiben skeptisch. Auch weil die temporären Hallen u.a. entlang des Tempelhofer Damms und der Neuköllner Oderstraße errichtet werden sollen – ganz zufällig auf genau den Flächen, die im Masterplan noch als Baufläche für Wohnhäuser ausgewiesen waren – und nicht auf dem bereits befestigten großen Vorfeld des Flughafengebäudes. Dafür wäre keine Gesetzesänderung notwendig. Wird diese „ergänzende Ausnahmeregelung“ der Hebel, um das Tempelhof-Gesetz durch die Hintertür Stück für Stück aufzuweichen und irgendwann doch den Masterplan umzusetzen? Ein respektvoller Umgang mit direkter Demokratie sieht anders aus. Hallo, Politikverdrossenheit.

Zu viele offene Fragen

Doch nicht nur dieses Misstrauen lässt sehr viele die Senatspläne mit großer Skepsis betrachten. Viel schwerer wiegt etwas anderes:



CDU und SPD sägen am Volksentscheid.

Hinter all dem ist kein sinnvolles Konzept zu erkennen. 5.000, 7.000, 10.000 – die Zahlen steigen von Meldung zu Meldung – teilweise schwer traumatisierte Menschen auf engem Raum zusammengesteckt, ohne Privatsphäre, abgegrenzt vom Rest der Stadtbevölkerung, schlechte hygienische Rahmenbedingungen, keine ausreichende soziale Infrastruktur. Stadtentwickler*innen nennen so etwas ein Ghetto.

Ja, die Flüchtlingskrise zwingt den Senat zum schnellen Handeln und die Situation ist eine andere als zur Zeit der Volksabstimmung. Auch viele eingefleischte T-Feld-Fans sehen das pragmatisch, denn die Geflüchteten brauchen jetzt sofort ein Dach über dem Kopf. Aber genauso braucht es auch ein durchdachtes Konzept und eine langfristige Gesamtstrategie für ihre Unterbringung, Betreuung und Integration. Doch Rot-Schwarz tischt nur eine halbgare Notlösung nach der anderen auf und will damit nur das eigene Versagen kaschieren, denn die Entwicklung der Flüchtlingszahlen war lange absehbar, aber es wurde nicht angemessen reagiert und Vorsorge getroffen. Da dürfen sich SPD und CDU auch nicht wundern, wenn man ihnen nicht traut. Weder beim humanen Umgang mit Schutzsuchenden noch beim Erhalt des Tempelhofer Feldes.

Annette Heppel



Politische Arbeit gerade auf lokaler Ebene funktioniert nicht ohne viel Engagement und Ehrenamt – aber eben auch nicht ohne Geld. Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen, freuen wir uns über eine Spende auf folgendes Konto:
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Berliner Sparkasse, BIC: BELADEBEXX
IBAN: DE29 1005 0000 1470 0055 29

NEUKÖLLNER*INNEN IM GESPRÄCH

„In Neukölln gibt es nichts, was es nicht gibt.“

Als siebte Interviewpartnerin der Reihe: „Neuköllner*innen im Gespräch“ treffen wir dieses Mal Tanja Dickert. Sie ist Neuköllnerin mit Leib und Seele, auch wenn sie das Licht der Welt im Tempelhofer St. Josef-Krankenhaus erblickte. Bis auf ein Jahr in der Weserstraße hat sie ihr ganzes Leben in der Märchensiedlung verbracht, wo sie auch noch heute lebt. Nicht neuköllntypisch machte sie ihr Abitur auf dem Canisius-Kolleg, um anschließend erfolgreich Publizistik, Kommunikationswissenschaften und Neuere Deutsche Literatur zu studieren.

Seit 2003 ist sie kontinuierlich mit Gemeinschaftsausstellungen der „44 Cool Girls“ an 48-Stunden-Neukölln beteiligt, betreibt seit 2007 die Ahoj! Souvenirmanufaktur und ist seit 2010 Gründungsmitglied und Gesellschafterin der „KGB 44“ Kreative Gesellschaft Berlin. Gemeinschaftlich mit ihrem Lebenspartner Heiko Buettner, dem Stadtführer Reinhold Steinle und Martin Mai von der berlinfabrik betreibt sie seit März 2015 in Kooperation mit dem Bezirksamt das Neukölln Info Center (NIC).

Liebe Frau Dickert, Sie wohnen in der Märchensiedlung, was ist das Märchenhafte am Bezirk?

Über Neukölln gibt's von Jahr zu Jahr mehr Geschichten, faktenunterlegte und märchenhafte Klischees. Ich möchte gerne bei den negativen Klischees aufräumen und ich möchte vielfältige Angebote bereitstellen, damit Menschen unser Neukölln mit all seinen Facetten entdecken können.

Was ist für Sie das Besondere an Neukölln?

Neukölln ist vielseitig und diese Vielfalt hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Wir sind nicht mehr alleine. Damit meine ich, früher war hinter der Märchensiedlung die Grenze, heute öffnet sich dort der Nachbarbezirk Treptow-Köpenick. Der Zuzug aus aller Welt nach Neukölln ist inzwischen positiv überwältigend. Alle gängigen Sprachen sind auf den Straßen zu hören, da werden Sprachkurse fast überflüssig. Natürlich hat sich auch die kulinarische Vielfalt sehr erhöht. In Neukölln gibt es wohl nichts, was es nicht gibt.

Gibt es eine typische Geschichte, die Sie mit Neukölln verbindet?

Es gibt so viele Geschichten. Kommunikation ist wichtig. Ich merke das jeden Tag hier im NIC. Eine Geschichte kann gar nicht so umfangreich sein, dass sie die Vielfalt Neuköllns erfassen kann. Es gibt so viele schöne Begebenheiten.

Wie sehen Sie die aktuelle Entwicklung in Neukölln? Wie wird sich Neukölln in Zukunft verändern?

Ich bin Be-

rufsopti-

mistin. Ich werde auf jeden Fall in meiner Wohnung bleiben, dafür sorgt schon die Genossenschaft. Ich kann inzwischen wieder wohnen und arbeiten im Bezirk verbinden. Es gibt Arbeit in Neukölln. Wir müssen den Kiez nicht zwangsläufig verlassen.

Veränderungen können ggf. auch negative Auswirkungen haben: Wenn in der Herzbergstraße 100 Bewerbungen auf eine Wohnung kommen... Es gibt ja den Spruch: Erst

kommen die Künstler, dann kommen die Makler, dann kommt die zahlungskräftige Kundschaft. Die innovative Kunst kann irgendwann die Miete nicht mehr zahlen und Gastronomie und das Flair ist ggf. hinüber. Wichtig ist, dass wir miteinander reden. Viele Probleme sind Kommunikationsprobleme.

Wenn Sie die Regierungsgewalt hätten, was würden Sie als dringende Probleme angehen?

Das ist sicherlich kein auf Neukölln beschränktes Problem: Ich wünsche mir gerechten Lohn für Arbeit und endlich eine Gleichbezahlung von Frauen und Männern. Die Ahoj! Souvenirmanufaktur nimmt regelmäßig an Aktionen zum Equal PayDay teil.

Was geben Sie uns Grünen mit auf den Weg?

Die Grünen sehe ich immer noch als Umweltpartei. Deswegen mein großer Wunsch, dass etwas für sicheren Fahrradverkehr unternommen wird. Dann traue ich mich vielleicht auch wieder aufs Rad.

Besuchen Sie uns doch einfach mal im NIC im Rathaus Neukölln (Mo-Do 10-17 h, Fr 10-15 h)!

Das Interview führte Christian Hoffmann.

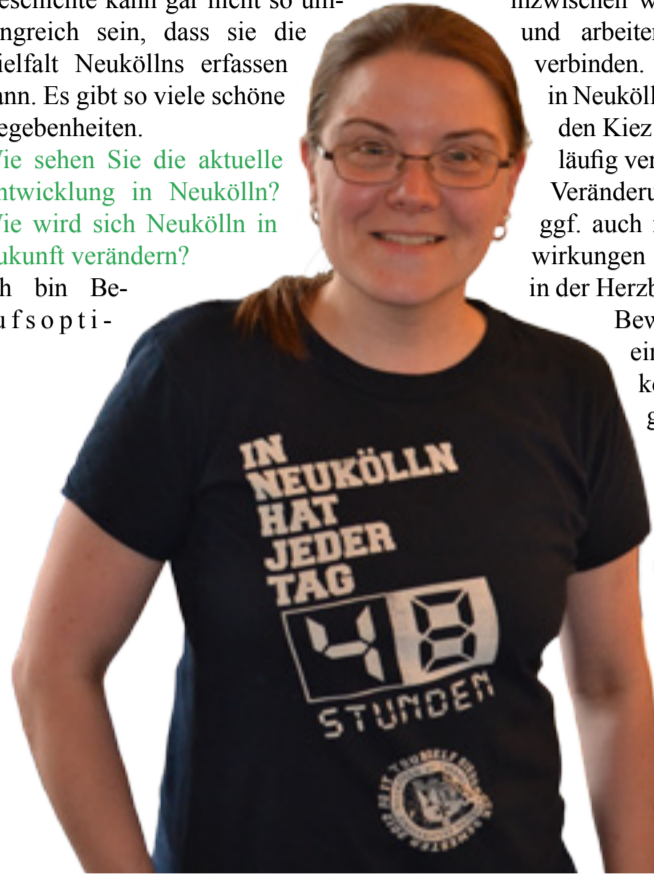


Foto: Christian Hoffmann

NEUKÖLLNER SPÄTIDIALOG

Sind unsere Spätis in Gefahr?



Bald ein historischer Anblick? Foto: Stefan Schmidt/ CC BY-NC 2.0

Seit ca. drei Jahren werden Spätkauf-Besitzer*innen verstärkt von Polizei und Ordnungsamt kontrolliert und fühlen sich durch diese Maßnahmen kriminalisiert. Besonders an Sonntagen werde kontrolliert, da das Ladenöffnungsgesetz Berlins das Öffnen der Läden an diesem Tag verbietet. Sonntag sei jedoch, so die Betreiber*innen, der mit Abstand umsatzstärkste Tag. Durch das Verkaufsverbot an Sonn- und Feiertagen sei es für viele nicht mehr rentabel den Laden zu führen, Existenzen würden zerstört. Das Gesetz zwingt sie, so ein Spätibesitzer, ihre Läden aufzugeben und von Hartz IV zu leben, obwohl daran keine*r Interesse hat. Tankstellen, die gleiche Waren zu sehr viel höheren Preisen verkaufen, haben hingegen ein Sonderverkaufsrecht und dürfen auch an Sonntagen verkaufen.

Auch die Art und Weise der Kontrollen wird von den

Ladenbesitzer*innen kritisiert. Herablassende Sprüche wie „Ich sehe Ihnen an, dass Sie kein Christ sind.“ oder ein barsches „Wir sind hier in Deutschland! Hier gilt das deutsche Gesetz!“ werden als ausgrenzend und diskriminierend empfunden und seien daher für sie nur schwer hinnehmbar, das Auftreten der Kontrolleur*innen wirke oft unangemessen aggressiv.

Der Grüne Späti-Dialog

Über 50 Spätkauf-Betreiber*innen folgten daher im Sommer der Einladung von mir und Susanna Kahlefeld zum Kiezgespräch mit Vertreter*innen der Polizei, des Ordnungsamtes und unserem grünen Stadtrat Bernd Szczepanski über die Situation der Spätkaufäden Nord-Neuköllns. Der Abschnittsleiter der zuständigen Polizeistation versuchte zu beschwichtigen. Er könne verstehen, dass sich die Spätbetreiber*innen über das Ladenöffnungsgesetz ärgern, in anderen

Weltstädten sei eine Sonntagsöffnung möglich, in Deutschland aber leider nicht. Es sei jedoch nicht Aufgabe des Ordnungsamtes oder der Polizei, Gesetze in Frage zu stellen, sondern dessen Einhaltung zu kontrollieren. Dass die Polizei bei den Kontrollen teils als unfreundlich empfunden würde, läge auch daran, dass die Beamt*innen sachlich bleiben und Bußgelder verhängen müssen – ein Umstand, der schon von vornherein schlechte Stimmung provoziert. Bei Beleidigungen sollten Betroffene Anzeige erstatten oder Beschwerde einlegen, dies sei hier jedoch noch nicht geschehen.

Auf die Nachfrage aus dem Publikum, ob denn der Bezirk einen offiziellen Schwerpunkt auf die vermehrte Kontrolle von Spätkaufäden gelegt habe, erwiderte Bernd Szczepanski, dass das Bezirksamt einen solchen Schwerpunkt nicht gesetzt hätte. Auch Polizei und Ordnungsamt hätten auf diesen Bereich keinen besonderen

Schwerpunkt gesetzt. Jedoch werde ein Spätkaufaden, der einmal wegen einer Gesetzeswidrigkeit aufgefallen ist, danach vermehrt kontrolliert, so entstehe bei den Betreiber*innen der Eindruck, es würde flächendeckend sehr viel kontrolliert. Weiterhin gäbe es häufig Beschwerden von Anwohner*innen auf Grund von Ruhestörungen, die von den Kund*innen verursacht werden, auch in solchen Fällen werde die Polizei natürlich aktiv.

Kann Tourismusbedarf die Spätis retten?

Besonderes Interesse hatten die Spätbetreiber*innen an der konkreten Auslegung von § 4 des Ladenöffnungsgesetzes, welches Läden, die Tourismusbedarf verkaufen, eine partielle Sonntagsöffnung erlaubt. Inzwischen hat sich auch unsere Bürgermeisterin dazu geäußert. Als Verwaltungschefin verweist sie ledig-

lich auf die bestehende Rechtslage. Das ist zu wenig! Süffisant fügte sie hinzu, wer diese ändern wolle, könne sich ja gerne auf der Bundesebene mit Kirchen und Gewerkschaften anlegen.

Wir bezweifeln, dass dies notwendig ist. Schon gezielte Änderungen in der Ausführungsvorschrift zum sogenannten

„Tourismusbedarf“ könnten etwas bewirken. Ich finde, diese „kleine Lösung“ ist zumindest einen Versuch wert. Am 01. Dezember luden wir deshalb zum Späti-Dialog II ein, um gemeinsam mit der IHK und einer Juristin darüber zu sprechen, wie das Problem angegangen werden kann. Einen ausführlichen Bericht von dieser Veranstaltung finden Sie in Kürze auf meiner Webseite www.kofbinger.de.

Anja Kofbinger

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...allet von Großstadt bis Dorf – ebent Berlin in kleen.“
Herbert, 46 Jahre



DAS DIGITALE HELFERLEIN

Shoppern im fremden WLAN?

Sind Sie schon mal mit aufgefächerten Geldscheinen in der Hand die Karl-Marx-Straße herunterspaziert? Würden Sie nicht tun? Im Internet ist das gang und gäbe. Viele Leute haben keine Hemmungen damit, sich über fremde WLANs mit dem

Internet zu verbinden, um dort Einkäufe zu tätigen. Je nachdem, wie das WLAN aber konfiguriert ist, kann Ihnen so nicht nur Schadcode untergejubelt, sondern auch der Datenverkehr – und somit auch Passwörter und übermittelte Kreditkartendaten – mitgelesen werden.

Wenn Sie sich also in einem Netzwerk anmelden, sollten sie dem Betreiber des WLAN vertrauen und darauf achten, dass jede Seite, auf der Sie Daten verschicken, verschlüsselt

übertragen wird. Das erkennt man in aktuellen Browsern am Schloss-Symbol vor der aufgerufenen Adresse. Mit einem Klick auf das Schloss werden weitergehende Infos zur Verschlüsselung angezeigt.

Wer ganz sicher gehen möchte, surft in fremden Netzwerken nur mit Hilfe eines VPN. Ein Virtuelles Privates Netzwerk stellt eine verschlüsselte Verbindung zwischen dem eigenen Computer und einem vertrauenswürdigen Punkt im Internet her. So kann – zumindest auf dieser Strecke – niemand auf aufgerufene Webseiten und übertragene Daten zugreifen. Ein Dienst, der das leistet, ist ZenMate. Er ist mit eingeschränkter Geschwindigkeit kostenlos als Erweiterung für alle aktuellen Browser unter zenmate.com zu bekommen.

Kalle Erlacher



GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und

Tagesordnung stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de.

Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!